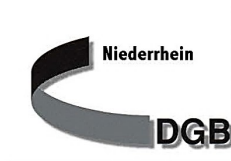




Pressespiegel

Ausgabe: 29.10.2025



WAZ DO

20830 Azubis in Duisburg und am Niederrhein können „24/7-Sprechstunde“ nutzen



Klebt so manches „Azubi-Trostpflaster“: „Dr. Azubi“ gibt wichtige Tipps. Per „Online-Sprechstunde“ hilft die Website (www.dr-azubi.de) Auszubildenden, wenn sie Fragen und Probleme haben, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Foto: IG BAU | Nils Hillebrand



Pressespiegel

Ausgabe: 29.10.2025



Vom Handyverbot bis zur Urlaubssperre: Dr. Azubi weiß Bescheid

Wenn es beim Job-Start nicht glatt läuft: „Von unbezahlten Überstunden über die Urlaubssperre bis zum Handyverbot – Azubis wissen oft nicht, wie sie dran sind“, sagt Karina Pfau. Sie ist Bezirksvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und hat einen Tipp für die rund 20830 jungen Menschen, die gerade in Duisburg und am Niederrhein eine Ausbildung machen: „Wer Fragen oder Probleme hat, bekommt im Internet unter www.dr-azubi.de prompt und professionell Hilfe.“

Der „Azubi-Service“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bietet eine „24/7-Sprechstunde“ – egal, für welche Fragen: „Passt das Geld, das die Firma in Duisburg und am Niederrhein für die Ausbildung bezahlt? Was ist mit Überstunden und Urlaub? Was sollten Azubis machen, wenn es um Gefahren für die eigene Gesundheit geht? Wie funktioniert ein Wechsel vom Ausbildungsplatz? ...“, sagt Karina Pfau.

Die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein kennt die Probleme rund um die Ausbildung. „Viele Jugendliche in Duisburg und am Niederrhein sind erst seit ein paar Wochen dabei. Für sie ist die Ausbildung Neuland.“ Es gehe darum, gerade ihnen den Rücken zu stärken. „Wenn Azubis dauernd Arbeiten machen müssen, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun haben, dann muss mit dem Betrieb gesprochen werden. Dabei spielen gerade der Betriebsrat und die Gewerkschaft eine wichtige Rolle“, sagt Karina Pfau. Azubis könnten auch ihren Ausbildungsvertrag von der Gewerkschaft prüfen lassen, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Lokalkompass.de

IG BAU warnt vor BMAS-Plänen zur Reduzierung von Sicherheitsbeauftragten



Carsten Burckhardt, Stellv. Bundesvorsitzender IG BAU

Foto: IG BAU | Tobias Seifert



Pressespiegel

Ausgabe: 29.10.2025



"Gesundheitsschutz ist nicht verhandelbar – Bürokratieabbau darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden"

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) reagiert mit scharfer Kritik auf die bekannt gewordenen Pläne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), die Zahl der Sicherheitsbeauftragten insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben zu reduzieren.

"Das ist ein sehr, sehr schlechter Plan", warnt Carsten Burckhardt, Stellvertretender Bundesvorsitzender der IG BAU und im Bundesvorstand zuständig für Arbeits- und Gesundheitsschutz. "Wer Sicherheit abbaut, gefährdet Menschenleben. Bürokratieabbau auf dem Rücken der Beschäftigten ist keine Reform – das ist Leichtsinn."

Sicherheitsbeauftragte sind in den Betrieben die ersten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, wenn es um sichere Abläufe, Gefährdungsbeurteilungen oder den richtigen Umgang mit Maschinen, Werkzeugen und Gefahrstoffen geht. Sie sind Kolleginnen und Kollegen, die hinschauen, wenn andere weggucken.

Gerade auf Baustellen, in Dachdecker-, Maurer-, Straßenbau- und Ausbau-Betrieben, im Gartenbau, in der Land- und Forstwirtschaft oder in Reinigungsobjekten sind sie unverzichtbar. Sie kennen die Abläufe, sprechen die Sprache der Kolleginnen und Kollegen und sorgen dafür, dass Sicherheit nicht nur auf dem Papier steht, sondern gelebt wird.

"Mit einer solchen Initiative bestraft man die Arbeitgeber, die sich ernsthaft um Sicherheit kümmern – und verschafft denen Wettbewerbsvorteile, denen die Gesundheit ihrer Beschäftigten am Hintern vorbeigeht", so Burckhardt weiter.

Die IG BAU verweist auf die aktuellen Zahlen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), wonach rund 670 000 Sicherheitsbeauftragte in Deutschland tätig sind – überwiegend ehrenamtlich und zusätzlich zu ihrer eigentlichen Arbeit. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass Sicherheit und Gesundheitsschutz in den Betrieben funktionieren.

In enger Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) setzt sich die IG BAU seit Jahren für die konsequente Umsetzung der Vision Zero ein – der gemeinsamen Verpflichtung, eine Welt ohne Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen zu schaffen.

"Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle ist rückläufig. Will die Regierung diesen Trend umkehren?" Während 2015 noch rund 630 Menschen bei der Arbeit ums Leben kamen, lag die Zahl 2024 bei einem historischen Tiefstand von rund 351 Fällen. Trotz Schwankungen in einzelnen Jahren sinken sowohl die absoluten Zahlen tödlicher Arbeitsunfälle als auch das Unfallrisiko pro Beschäftigten kontinuierlich. Trotzdem bleibt jeder Todesfall ein zentraler Indikator dafür, dass das Ziel der "Vision Zero" – keine tödlichen Arbeitsunfälle – noch nicht erreicht ist.

Burckhardt: "Wir brauchen mehr Schutz – nicht weniger. Schon heute arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen an der Belastungsgrenze. Leistungsverdichtung, Fachkräftemangel und psychischer Druck nehmen zu. Wer jetzt noch an den Sicherheitsstrukturen sägt, handelt fahrlässig."

Der Gewerkschafter macht deutlich, dass Sicherheit kein Kostenfaktor, sondern eine Frage des Respekts und der Wertschätzung sei: "Wer mit seinen Händen und seinem Kopf am Bau arbeitet, verdient Schutz und Sicherheit – nicht politische Sparübungen auf Kosten der Gesundheit."

Die IG BAU fordert das BMAS auf, die Pläne umgehend zurückzunehmen und stattdessen gemeinsam mit den Sozialpartnern, der DGUV und der BG BAU über eine Stärkung der Prävention zu beraten.

"Der Gesundheitsschutz ist nicht verhandelbar", so Burckhardt abschließend. "Wer ernsthaft Fachkräfte halten will, muss sie anständig behandeln – und nicht ihre Sicherheit aufs Spiel setzen."